

POLEN

Gewerkschaftsmonitor

Juni 2019

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Das Jahr 2019 ist ein politisch bedeutsames. Mit den Europawahlen im Mai und den Parlamentswahlen (Sejm und Senat) im Herbst erfolgen zwei wichtige politische Weichenstellungen für die Zukunft des Landes. Im Frühjahr 2020 wird schließlich noch der Präsident gewählt werden, der innerhalb des Verfassungssystems des Landes über eine gewisse Blockademacht verfügt.

Wahlumfragen und die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom Herbst 2018 zeigen das Bild eines im Wesentlichen in zwei etwa gleich große Blöcke gespaltenen Landes. Die national-konservative Regierungspartei PiS (Recht und Gerechtigkeit) ist die Anführerin eines konservativ-souveränistischen Blocks. Die PiS ist in Umfragen die mit Abstand größte Partei (ca. 38–40 Prozent der Wähler unterstützen die PiS). Auch in Umfragen zur politischen Lösungskompetenz führt die PiS in allen Themenbereichen deutlich vor ihren Konkurrenten. Die Basis dieser auch europaweit vergleichsweise hohen Popularität sind die gute wirtschaftliche Entwicklung und die aktive Sozialpolitik der PiS. Diesem – auch rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen umfassenden – Lager steht ein liberales Lager gegenüber. Größte Kraft ist hier die frühere langjährige Regierungspartei PO (Bürgerplattform). Sie hat sich für die letztjährigen Kommunal- und die diesjährigen Europawahlen zu einem Wahlbündnis mit anderen Oppositionskräften zusammengeschlossen (Koalicja Europejska). Teil dieses Bündnisses ist auch die im Bereich von 5–7 Prozent Unterstützung stagnierende sozialdemokratische SLD, die Mitglied der PSE ist. Nicht Teil dieser Koalition ist die neu gegründete Partei Wiosna unter Führung von Robert Biedroń, die sich in erster Linie an linksliberale und antiklerikale Wähler wendet. Das oppositionelle Lager findet die stärkste Unterstützung in den boomenden Großstädten Polens.

Grundsätzlich agiert die PiS nicht gewerkschaftsfeindlich. Die aus dem Milieu der antikommunistischen »Solidarność«-Bewe-

gung der 1980er Jahr hervorgegangene Partei pflegt mit dem Gewerkschaftsbund gleichen Namens ein Sonderverhältnis, das die Umsetzung gewerkschaftlicher Erwartungen durchaus mit einschließt. Einige Minister_innen der aktuellen Regierung stammen aus den Reihen der Solidarność, viele Solidarność-Mitglieder sind bei den Kommunalwahlen auf den PiS-Listen angetreten.

Auch 2018 und 2019 hat die PiS-Regierung eine Reihe von Gewerkschaftsforderungen erfüllt. Am 1. Januar 2019 trat eine Novelle des Gewerkschaftsgesetzes in Kraft. Diese setzt eine Entscheidung des Verfassungstribunals aus dem Jahr 2015 um, wonach der Begriff des »Arbeitnehmers« als Beschäftigter auf Basis eines Arbeitsvertrags zu eng definiert sei, da er die zahlreichen Arbeitnehmer_innen mit zivilrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen von der gewerkschaftlichen Organisation ausschließe. Nach der Gesetzesnovelle können nun auch Selbstständige, Werkvertragsbeschäftigte und Praktikant_innen einer Gewerkschaft beitreten, sobald sie mindestens sechs Monate beschäftigt sind. Dies ermöglicht zusätzlichen zehn Prozent der Arbeitskräfte, sich in Zukunft gewerkschaftlich zu organisieren.

Das Einzelhandelsverbot am Sonntag wurde zum 1. Januar 2019 ausgeweitet. Nachdem 2018 Einkäufe jeweils noch am ersten und letzten Sonntag eines Monats erledigt werden konnten, haben die Geschäfte im laufenden Jahr nur noch am letzten Sonntag eines Monats geöffnet. Die Regierung realisiert damit eine langjährige Forderung der Gewerkschaft NSZZ Solidarność.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Polens wirtschaftliche Entwicklung wird auch 2019 mit einem erwarteten Wachstum von 4,2 Prozent weiterhin positiv verlaufen. 2018 betrug das Wachstum sogar 5,1 Prozent, im Jahr 2017 4,7 Prozent. Polen stellte bereits in den Jahren zuvor eine positive Ausnahme in puncto wirtschaftliche Entwicklung dar: Das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2009

bis 2016 betrug akkumuliert 26,9 Prozent, das Fünffache des EU-Durchschnitts.

Hauptwachstumstreiber bleibt 2019 weiterhin die private Nachfrage, die von hoher Beschäftigung, steigenden Löhnen und wachsenden Sozialleistungen gestützt wird. Auch die privaten und öffentlichen Investitionen entwickeln sich weiterhin positiv. Ein positiver Effekt wird auch von wachsenden Exporten in den Jahren 2019 und 2020 erwartet.

Infolge dieser Entwicklung ist die Beschäftigungsquote auf einen Rekordstand gestiegen, die Arbeitslosigkeit mit 5,7 Prozent im Landesdurchschnitt auf einen historischen Tiefststand nach der Wende 1990 gefallen. In der Region Warschau liegt die Arbeitslosigkeit bei 2,4 Prozent; dort kann man im Prinzip von einem Arbeitskräftemangel sprechen. Dies gilt tendenziell auch für einige andere Regionen Polens. Am höchsten ist die Arbeitslosigkeit mit 9,9 Prozent in der ehemals ostpreußischen Region Ermland-Masuren. Im dritten Quartal 2018 war ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung zu beobachten, der sich aus einer Reduzierung sowohl der Anzahl der Erwerbsbevölkerung als auch der Zahl der Arbeitslosen ergab. Die Erwerbsquote lag im vierten Quartal 2018 bei relativ niedrigen 56,1 Prozent.

Die Lohnentwicklung hielt in den letzten Jahren mit der Produktivitätsentwicklung nicht ganz Schritt. Dies gilt in besonderem Maße für den öffentlichen Dienst, wo die Gehälter nach wie vor sehr niedrig sind. Für die kommende Periode ist daher mit einer Ausweitung von Streiks und Arbeitsprotesten im öffentlichen Sektor in Polen zu rechnen. Insgesamt aber sind die Löhne und Gehälter in Polen im Jahr 2018 um 5,3 Prozent gestiegen. Der monatliche Mindestlohn beträgt seit Anfang 2019 2.250 Złoty/Monat brutto (2018: 2.100) bzw. 14,70 Złoty/Stunde brutto (2018: 13,70). Dies entspricht rund 47 Prozent des Durchschnittslohns. Diese Erhöhung liegt unterhalb der Forderungen der Gewerkschaftsbünde Solidarność (50 Prozent des Durchschnittslohns = 2.278,50 Złoty) und OPZZ (2.383 Złoty). Das polnische Pro-Kopf-Einkommen liegt kaufkraftbereinigt heute bei 70 Prozent des EU-Durchschnitts.

Sehr positiv ist weiterhin die sozialpolitische Entwicklung. Hier vollzog die PiS in den vergangenen Jahren den wahrscheinlich größten Bruch mit dem politischen Konsens der liberal grundierten Nachwendzeit. Die Regierung entwickelte nach dem Wahlsieg 2015 eine aktive Sozialpolitik, deren Bilanz sich sehen lassen kann und die eine deutlich konjunkturbelebende Wirkung entfaltet hat. Wichtigster Aspekt war die Einführung eines Familien-Kindergeldes von 500 Złoty (ca. 120 Euro) ab dem zweiten Kind im Jahr 2016. Davon profitieren 3,7 Mio. Kinder bzw. deren Eltern. Der Mindestlohn wurde schrittweise erhöht und wird 2019 weiter steigen. Das Steuersystem wurde so reformiert, dass wohlhabende Pol_innen mehr, sozial schwache Pol_innen weniger Steuern bezahlen. Die Besteuerung von Familien von Durchschnittseinkommensbeziehern mit Kindern ist die niedrigste der OECD-Welt. De facto ist sie für diese Kategorie nach Einberechnung von Sozialtransfers sogar negativ: Familien erhalten vom Staat mehr, als er per Steuern und Sozialabgaben von ihnen einzieht. Po-

len hat – bei deutlich geringerer Staatsquote, Steuerlast und Staatsverschuldung – einen niedrigeren Gini-Index als Frankreich.

Mit Blick auf den Wahlzyklus 2019/2020 kündete die PiS im Februar eine weitere Welle von Sozialinitiativen im Umfang von 10 Mrd. Euro an. Dieses Maßnahmenpaket soll mit der aktuellen Parlamentsmehrheit noch im Verlauf des Jahres 2019 umgesetzt werden. Die Busverbindungen in ländlichen Gebieten und Kleinstädten sollen wiederbelebt, die Einkommenssteuer für Arbeitnehmer_innen unter 26 Jahren abgeschafft werden. Die Steuerfreibeträge werden verdoppelt und der Steuersatz für geringe und mittlere Einkommen von 18 auf 17 Prozent gesenkt. Rentner erhalten im Mai eine 13. Rentenzahlung von 1.100 PLN (256€). Die Bedürftigkeitsprüfung für das Kindergeld für das erste Kind soll ab Juli abgeschafft werden und dann für alle Kinder in Familien ausbezahlt werden.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Der mit Abstand wichtigste Arbeitskampf der letzten Jahre war der allgemeine Lehrerstreik, zu welchem die zum OPZZ gehörende Polnische Lehrgewerkschaft (ZNP) im April 2019 aufrief. Lehrer_innen zählen in Polen zu den am schlechtesten bezahlten Berufsgruppen, zudem hat das Bildungssystem mit den Folgen einer nach 2015 durchgeführten Schulreform zu kämpfen. Mehrere Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung von Mateusz Morawiecki scheiterten. Ein Angebot der stellv. Regierungschefin Beata Szydło wurde abgelehnt. Auf Grundlage eines Mitgliederreferendums wurde beschlossen, ab dem 8. April für unbestimmte Zeit die Arbeit niederzulegen, um eine Erhöhung der Löhne um mindestens 1.000 Złoty und die Absetzung der Bildungsministerin Anna Zalewska zu erreichen. Laut Angaben des ZNP und dessen Vorsitzenden Sławomir Broniarz protestierten zwischenzeitlich gut zwei Drittel der Lehrkräfte und etwa 75 Prozent der 20.000 landesweiten Bildungseinrichtungen, wobei es allerdings teils erhebliche regionale Unterschiede gab. Dass im gleichen Zeitraum mehrere Abschlussprüfungen für Schüler_innen der Mittelstufe stattfanden, sollte die Wirkung des Streiks erhöhen. Letztendlich konnten die meisten Prüfungen, jedoch unter Einsatz von (ehrenamtlichen) Aushilfen ohne größere Einschränkungen durchgeführt werden. Am 27. April wurde die landesweite Protestaktion ausgesetzt, ohne dass die Regierung zu Konzessionen hätte gezwungen werden können. Eine Wiederaufnahme des Streiks wurde für September (Anfang des Schuljahres) angekündigt.

Die Zustimmungswerte der Öffentlichkeit für den Streik fielen gemischt aus. Grundsätzlich ist eine Mehrheit der Pol_innen klar für eine Erhöhung der Bezahlung im Bildungssektor. Gesellschaftlich umstritten bleiben aber Umfang und Konditionen einer Verbesserung der Entlohnung.

Während sich das Forum der Gewerkschaften (FZZ) ebenfalls an der Aktion beteiligte, schloss sich die Solidarność dem Streik nicht an. Nach der anfänglichen Mitwirkung am Protest stimmte die Bildungs-Solidarność vielmehr dem Angebot der

Regierung zu. Dieses beinhaltet eine Lohnerhöhung ab September 2019 um 9,6 Prozent, einen schnelleren Berufsaufstieg, eine einmalige Auszahlung in Höhe von 1.000 Złoty für Berufseinsteiger, 300 Złoty extra für Klassenlehrer_innen, sowie weniger Bürokratie in der Schulverwaltung.

Bereits 2018 hatte es mehrere Streikaktionen gegeben. Zu den erfolgreichsten zählte der Streik der Gewerkschaft der Piloten und Flugbegleiter_innen bei der polnischen Fluggesellschaft LOT (Mitglied im OPZZ). Der Streik verschärfte sich nach der Entlassung der Gewerkschaftsvorsitzenden Monika Żelazik sowie 67 weiterer Angestellter, nachdem diese die Praxis von LOT kritisiert hatten, Arbeitsverträge in zivilrechtliche Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln, die weder Kündigungsschutz noch Ansprüche bei Krankheit, für Urlaub oder andere Sozialleistungen beinhalten. Nach rund zwei Wochen wurde der Streik am 1. November 2018 beendet und die Entlassenen wurden wieder eingestellt. An diesem wie auch an anderen Streiks (z. B. von Polizist_innen) beteiligten sich der Gewerkschaftsdachverband Solidarność und seine Mitgliedsorganisationen nicht.

Generell ist davon auszugehen, dass es eher verschiedene Bereiche des öffentlichen Sektors sind (Gesundheitswesen, Bildungssektor, niedriger und mittlerer Dienst im Justiz- und Verwaltungswesen) in dem mit Arbeitskonflikten zu rechnen sein wird. Hier hat die Unzufriedenheit mit dem seit den »Austeritätsmaßnahmen« der damaligen Regierung Tusk im Jahr 2010 erfolgten De-facto-Einfrieren der Gehälter und den schlechten Arbeitsbedingungen einen hohen Grad erreicht. Die Sozialpolitik der PiS wirkt hier nicht wirklich; sie steht vielmehr in einer individualistisch-liberalen Tradition, die sich auf die direkte Unterstützung des Einzelnen bzw. der Familien konzentriert und nicht auf die Stärkung der Institutionen der Verwaltung und des Sozialstaats. Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Pol_innen diese Art der direkt-distributiven Sozialpolitik gutheißt bzw. bevorzugt.

Im Mai 2018 fand unter dem Motto »Polen braucht eine Lohnerhöhung« der Kongress des OPZZ statt: Jan Guz (seit 2004 im Amt) wurde wiedergewählt. Piotr Ostrowski, der bisherige Internationale Sekretär des OPZZ, wurde zum Vize-Vorsitzenden gewählt. Im Oktober 2018 fand in Częstochowa der Kongress der Solidarność statt. Piotr Duda wurde in seinem Amt als Vorsitzender, dass er seit 2010 inne hat, für die nächsten 4 Jahre bestätigt.

GEWERKSCHAFTEN IN POLEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus in Mittel- und Osteuropa liegt mittlerweile 30 Jahre zurück. Die »Niezależny Samorządny Związek Zawodowy ›Solidarność‹«, die »Unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft ›Solidarität‹«, kurz Solidarność, als Gewerkschaft und Oppositionsbewegung von Arbeiter_innen und Intellektuellen trug mit ihren Protes-

ten maßgeblich zum Systemsturz bei und gilt bis heute als Symbol der Friedlichen Revolution von 1989. Am Runden Tisch erlangte die Solidarność als Reformpartei Rechtsstatus und stellte nach den ersten (halb-)freien Wahlen überraschend die neue Regierung.

Seither kratzt allerdings eine langsame Erosion der zivilgesellschaftlichen Verankerung an der Legitimität der Gewerkschaften insgesamt. Die 1990er Jahre waren geprägt von der Konfrontation zwischen der Solidarność und dem Gesamtpolnischen Gewerkschaftsverband OPZZ. Dieser Dachverband war von den kommunistischen Machthabern Anfang der 1980er Jahre als Reaktion auf die Gründung der Solidarność initiiert worden. Erst seit Mitte des letzten Jahrzehnts hat sich das Verhältnis der beiden Gewerkschaftslager entspannt. Dies führte dazu, dass die Solidarność im Jahr 2006 letztendlich der Mitgliedschaft des OPZZ im Europäischen Gewerkschaftsbund zustimmte. Seit 2011 ist es zu einer beachtlichen Annäherung beider Gewerkschaftsverbände gekommen. Eine wichtige Rolle spielten bei dieser Entwicklung die sozialpolitischen Einschnitte der damaligen liberalen PO-Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk, die in einer Vielzahl kleinerer Angriffe auf soziale Standards, Löhne und Normen eine Antwort auf die Probleme der Finanzkrise nach 2008 suchte – eine niedrigschwellige Art der Austeritätspolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit Polens in der damaligen Wachstumskrise sichern sollte.

Die langjährigen Differenzen begründen die Gewerkschaften selbst mit der Geschichte Polens und den ideologischen Grabenkämpfen. Die Solidarność versteht sich als Erbin der oppositionellen Reformbewegung und warf dem OPZZ lange Systemkonformität und Nähe zu den einstigen kommunistischen Machthabern vor. Der OPZZ dagegen beansprucht für sich, Vertreter der postkommunistischen linken Arbeiterbewegung zu sein. Er sieht in der heutigen Solidarność eine Organisation, die sowohl mit dem rechts-konservativen Lager als auch mit der katholischen Kirche zu eng verbunden ist. Infolge dieser Differenzen formierte sich 2002 das Gewerkschaftsforum FZZ. Dessen Gewerkschaften erheben in dezidiert Weise den Anspruch, politisch neutral zu sein.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Der Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych (Gesamtpolnischer Gewerkschaftsverband, OPZZ) wurde am 24. November 1984 auf Grundlage des Gesetzes über Gewerkschaften vom 8. Oktober 1982 gegründet. Aufgrund der Konflikte mit der Solidarność dauerte seine Anerkennung innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung noch bis in die 2000er Jahre. Dabei ging es teils um das Verhältnis zum Staat und den politischen Parteien, teils aber auch um die Frage, wem das Vermögen der alten Gewerkschaften zugesprochen werden sollte. Inzwischen ist der OPZZ in der internationalen Gewerkschaftsbewegung angekommen und als Mitglied in allen wichtigen Dachverbänden vertreten. Ihm gehören derzeit 85 Betriebs- bzw. Branchengewerkschaften an, die in sieben Zweige gegliedert sind. Die größte einzelne Mitgliedsorganisation ist die Polnische Lehrgewerkschaft (ZNP).

Regional ist der OPZZ in allen 16 Woiwodschaften vertreten. Die Regionaleinheiten sind satzungsgemäß auch dadurch so stark, weil sie die Mitgliedsbeiträge einziehen und an die Zentrale abführen. Es existieren drei satzungsgemäße Organe: Kongress, Rat und Präsidium. Der Kongress bestimmt die Politik und wählt sowohl den Präsidenten als auch den Vorsitzenden der Revisionskommission. Der Rat bildet die Exekutive in der Zeit zwischen den alle vier Jahre stattfindenden Kongressen. Dort sind die Mitgliedsgewerkschaften proportional zu ihrer Mitgliederstärke vertreten. Der Rat tagt maximal drei Mal im Jahr. Das Präsidium setzt die Beschlüsse des Rates um und trifft sich höchstens alle zwei Monate. Weiteres Organ ist die Revisionskommission. Der Präsident und die gewählten Vize-Präsidenten setzen die Alltagspolitik um: Vertretung nach innen und außen, gegenüber Staatsorganen, politischen Parteien, Unternehmerverbänden, etc. Der OPZZ ist in den tripartiten Organen des polnischen Sozialen Dialogs auf allen regionalen Ebenen vertreten.

Die NSZZ Solidarność ist 1980 unter dem kommunistischen Regime aus den Streiks der Danziger Werftarbeiter hervorgegangen und wurde im September des gleichen Jahres als unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft eingetragen. Nachdem die Gewerkschaft nach Ausrufung des Kriegszustands im Dezember 1981 einige Jahre über verboten war, konnte sie ab 1989 wieder in der Legalität arbeiten. Auf internationaler Ebene ist sie in allen großen Dachverbänden vertreten. Die Solidarność versteht sich als einheitliche Organisation, die in 14 sektorale Verbände (Sekretariate/Branchen) sowie einen Verband für Rentner und 38 Regionen unterteilt ist. Das höchste Organ ist die Landesdelegiertenversammlung (325 Delegierte). Sie bestimmt u. a. über die Satzung und das Programm der Gewerkschaft. Die Landeskommission ist den Vorständen der Regionen und Branchensekretariaten überge-

ordnet. Sie vertritt die Gewerkschaft vor dem Staat und allen anderen Organisationen und bestimmt über das Budget. Darüber hinaus gibt es eine Revisionskommission. Die Solidarność ist in den tripartiten Organen des polnischen Sozialen Dialogs auf allen regionalen Ebenen vertreten.

Das Forum Związków Zawodowych FZZ ist kleiner als die beiden anderen Gewerkschaftsbünde und umfasst überwiegend Gewerkschaften, die sich vom OPZZ abgetrennt haben. Der FZZ wurde im Jahr 2002 gegründet, als eine neue trilaterale Kommission mit Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften geschaffen werden sollte, um künftige gesetzliche Bestimmungen zu erörtern. Die Vorschriften für die Einsetzung dieser Kommission sahen vor, dass lediglich Gewerkschaftsbünde mit mindestens 300.000 Mitgliedern zugelassen werden. Um diese Zahl zu erreichen und sich einen Platz in dieser Kommission zu sichern, schlossen sich einige unabhängige Gewerkschaftsgruppen zusammen und gründeten den FZZ.

Der FZZ besteht aus 52 gewerkschaftlichen Mitgliedsorganisationen, wovon die Gewerkschaft der Krankenschwestern und Hebammen (OZZPiP) die größte ist, und aus 16 Woiwodschaftsräten. Das höchste Organ ist der Kongress, der u.a. über die Satzung und das Programm der Gewerkschaft bestimmt. Weitere satzungsmäßige Organe sind der Hauptvorstand, das Präsidium, die Woiwodschaftsräte, sowie eine Revisionskommission. Die Vorsitzende des FZZ, Dorota Gardias, führt momentan den Vorsitz im Rat des Sozialen Dialogs.

Alle drei Gewerkschaftsbünde sind Mitglied im EGB, der OPZZ und die Solidarność auch im IGB. Die stärksten Branchen sind in den europäischen und internationalen Dachverbänden affiliert (s. Tabellen).

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände des Landes

Dachgewerkschaft in Landessprache und Abkürzung	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Niezależny Samorządny Związek Zawodowy »Solidarność« (Independent Self-governing Trade Union »Solidarność«, NSZZ »Solidarność«)	Piotr Duda, Bogdan Biś, Tadeusz Majchrowicz, Jerzy Jaworski, Bogdan Kubiak	600.000	Internationaler Gewerkschaftsbund (ITUC), Europäischer Gewerkschaftsbund (ETUC), Trade Union Advisory Committee to the OECD
Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych (All-Poland Alliance of Trade Unions, OPZZ)	Jan Guz (am 24.5.2019 verstorben), Andrzej Radzikowski, Barbara Popielarz, Piotr Ostrowski	559.000	Internationaler Gewerkschaftsbund (ITUC), Europäischer Gewerkschaftsbund (ETUC)
Forum Związków Zawodowych (Forum of Trade Unions, FZZ)	Dorota Gardias, Rafał Jankowski, Stanisław Stolorz (am 24.4.2019 verstorben), Waldemar Lutkowski, Krystyna Ptok, Marek Mnich, Dariusz Trzcionka	200.000	Europäischer Gewerkschaftsbund (ETUC)

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften des Landes

Branchen bzw. Einzelgewerkschaft in Landessprache und Abkürzung	Mitgliedschaft in Dachgewerkschaft	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Związek Nauczycielstwa Polskiego (Polish Teacher's Union, ZNP)	OPZZ	Sławomir Broniarz, Krzysztof Baszczyński, Grzegorz Gruchlik	240.000	Education International (EI), European Trade Union Committee for Education (ETUCE)
Ogólnopolski Związek Zawodowych Pielęgniarek i Położnych (All-Poland Trade Union of Nurses and Midwives, OZZPiP)	FZZ	Krystyna Ptok, Longina Kaczmarska, Zdzisław Bujas	80.000	
Krajowa Sekcja Oświaty i Wychowania (National Section of Education, KSOiW)	NSZZ »Solidarność«	Ryszard Proksa, Zbigniew Świerczek, Henryk Ślusarski,	70.000	Education International (EI), European Trade Union Committee for Education (ETUCE)
Krajowy Sekretariat Górnictwa i Energetyki NSZZ »Solidarność« (National Secretariat of Mine and Energy Workers' Union NSZZ »Solidarność«)	NSZZ »Solidarność«	Grzesik Jarosław, Boiński Marek, Czyczerski Józef, Hutek Bogusław, Ilnicki Wojciech, Kucharewicz Dariusz	60.000	IndustriAll Global Union, IndustriAll Europe
Niezależny Samorządny Związek Zawodowy Policjantów (Independent Self-governing Trade Union of Policemen, NSZZ Policjantów)	FZZ	Rafał Jankowski, Krzysztof Balcer, Kazimierz Barbachowski, Dariusz Brzezicki, Artur Garbacz, Rafał Kruk, Piotr Kujawa, Piotr Malon, Benedykt Nowak, Marek Osiejewski, Józef Partyka, Andrzej Szary, Marek Tarwacki	40.000	
Federacja Związków Zawodowych Pracowników PKP (Federation of Trade Unions of Workers of the Polish Railway PKP, FZZ Pracowników PKP)	FZZ	Stanisław Stolorz (am 24.4.2019 verstorben), Marian Kogut, Jan Piechel, Jan Przywoźny	32.000	
Porozumienie Związków Zawodowych KADRA (Alliance of Trade Unions KADRA, KADRA)	FZZ	Dariusz Trzcionka, Bogusław Studencki, Krzysztof Stefanek, Marek Gacka	20.000	IndustriAll Europe
Federacja Związków Zawodowych Metalowców i Hutników w Polsce (Federation of Trade Unions of Metalworkers and Steelworkers in Poland, FZZ Metalowcy i Hutnicy)	OPZZ	Mirosław Grzybek, Magdalena Dura, Grzegorz Narloch, Grzegorz Bor, Krzysztof Wójcik, Piotr Kursatzky, Marek Kijas	18.000	

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Polen beträgt 10,8 Prozent. Die Tarifdeckungsrate liegt bei 20 Prozent. Die Gewerkschaftsdichte und damit die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften variieren je nach Wirtschaftszweig. Der öffentliche Sektor ist der am stärksten gewerkschaftlich organisierte (19 Prozent der Arbeitnehmer_innen) – dazu gehören Gesundheitsversorgung, Bildung und Wissenschaft (23 %) sowie staatliche Unternehmen. Auch ehemalige staatliche Unternehmen, insbesondere in der Schwerindustrie, gehören zu den am stärksten gewerkschaftlich organisierten Unternehmen.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Arbeitsbeziehungen in Polen sind stark von der schwachen Vertretung der Arbeitnehmer_innen, insbesondere im privaten Sektor, betroffen. Teilweise liegt der Grund dafür in dem rechtlichen Rahmen, der festlegt, dass die grundlegende Gewerkschaftseinheit eine Betriebsorganisation ist, die nur von mindestens zehn Beschäftigten desselben Unternehmens gegründet werden kann. Da rund 39 Prozent der Arbeitnehmer_innen in Unternehmen mit neun oder weniger Beschäftigten beschäftigt sind, führt diese Regelung zu einem direkten Ausschluss dieser großen Gruppe von Arbeitnehmern vom Dialog auf Unternehmensebene. Es ist möglich, andere Formen der Vertretung (Informations- und Konsultationsgremien) nur in noch größeren Unternehmen – mit mehr als 50 Arbeitnehmern – einzurichten. Vor allem aber sind die Manager des privaten Sektors durch ihre starke gewerkschaftsfeindliche Einstellung gekennzeichnet. Die Reform des Gewerkschaftsgesetzes von Anfang 2019 zu den Organisationsrechten von Vertragsangestellten (zivilrechtliche Beschäftigungsverhältnisse) erlaubt nun auch Scheinselbstständigen, Werkvertragsbeschäftigten und Praktikant_innen einer Gewerkschaft beizutreten, sobald sie mindestens sechs Monate beschäftigt sind. Dies ermöglicht zusätzlichen zehn Prozent der Arbeitskräfte, sich in Zukunft gewerkschaftlich zu organisieren.

Angesichts der überwiegend beratenden Rolle der Institutionen des Sozialen Dialogs auf nationaler, branchenspezifischer und regionaler Ebene liegt der größte Teil der Verhandlungen auf der Ebene der Unternehmen. Tarifverträge regeln die Arbeits-, Lohn-, Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen und andere arbeitsbezogene Fragen, solange die vereinbarten Bedingungen nicht schlechter sind als die gesetzlich vorgeschriebenen. Ein Tarifvertrag kann nur in Unternehmen ausgehandelt werden, in denen eine oder mehrere Gewerkschaftsorganisationen bestehen. Die Anzahl der bei der Arbeitsinspektion jährlich registrierten Tarifverträge stieg leicht von 69 im Jahr 2015 auf 79 im Jahr 2016. Aktuellere Daten liegen nicht vor.

Auf nationaler Ebene findet der trilaterale Sozialdialog im »Rat für Sozialen Dialog« statt, der Ende 2015 eingerichtet wurde und die bisherige dreiseitige Kommission ersetzt. Die Mitglieder des Rates werden vom polnischen Staatspräsidenten ernannt, und der Vorsitz des Rates wechselt zwischen den vertretenen Interessengruppen (Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierung). Der Rat ist befugt, Gesetzentwürfe zu

erstellen und diese dem Ministerrat vorzulegen sowie Gesetzentwürfe zu konsultieren und Stellungnahmen zu Gesetzen zu sozioökonomischen Fragen abzugeben. Er wird von einer benannten öffentlichen Stelle unterstützt, die sich mit administrativen Fragen befasst und eine beratende Funktion wahrnimmt. Trotz seines legislativen Vorrechts ist die Rolle des Rates hauptsächlich beratend: seine Rolle ist besonders sichtbar bei der Vorbereitung eines Haushaltsentwurfs und bei Änderungen der Sozial- und Mindestlöhne.

Es gibt zusätzlich 16 regionale Einrichtungen für den sozialen Dialog (eine pro Woiwodschaft). Die Gremien beziehen die Sozialpartner ein, und ihre Rolle ist auch beratend bei Entwicklungen auf regionaler Ebene.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Es gibt in Polen zwei verschiedene Formen der Vertretung und Einflussnahme auf betrieblicher Ebene: Arbeitnehmerräte und Betriebsräte.

In staatlichen Unternehmen können die Arbeitnehmerräte als Selbstverwaltungsorgan die Arbeitnehmer_innen vertreten. Der Rat besteht in der Regel aus 15 Mitarbeiter_innen. Ihm stehen unter anderem folgende Rechte zu:

- Zustimmung zur Gründung oder zum Beitritt zu einer Handelsgesellschaft, zum Erwerb (Veräußerung) von Aktien oder Vorräten, zum Rückzug aus diesen Unternehmen oder zu deren Auflösung;
- Beschlussfassung über die Teilung oder Fusion der Gesellschaft, Neuausrichtung der Tätigkeit der Gesellschaft;
- Beschlussfassung über die Ernennung und Abberufung des Geschäftsführers und anderer Personen mit Führungsaufgaben;
- Beschlussfassung über die Durchführung eines Referendums in der Gesellschaft;
- Stellungnahme zu Satzungsänderungen oder zur Auflösung der Gesellschaft.

Arbeitnehmer_innen, die Mitglieder in Leitungsorganen von Arbeitnehmerorganisationen sind, genießen Schutz vor Entlassung und Beendigung ihres Arbeitsvertrags und einseitigen Änderungen zum Nachteil des Arbeitnehmers.

Eine Form der Organisation von Arbeitnehmer_innen abseits der Gewerkschaften ist der Betriebsrat. Er vertritt die Arbeitnehmer_innen gegenüber dem Arbeitgeber in verschiedenen Konsultationen. Er kann in der Regel in Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten gebildet werden. Die Zahl der bei einem Arbeitgeber beschäftigten und zur Bildung eines Betriebsrats verpflichteten Arbeitnehmer_innen wird auf Grundlage der durchschnittlichen Zahl der im Rahmen des Arbeitsverhältnisses während der letzten 6 Monate vor dem Tag der

Bekanntgabe der Wahl der Mitglieder des Betriebsrats beschäftigten Arbeitnehmer_innen ermittelt. Voraussetzung für die Bildung eines Rates ist, dass mindestens zehn Prozent der Arbeitnehmer_innen einen schriftlichen Antrag auf Bildung des Rates erhalten haben. Die Bildung des Rates hängt von der Initiative der Mitarbeiter selbst ab (Wahlen). Betriebsräte werden nicht in staatlichen Unternehmen gebildet, dort gibt es Arbeitnehmerräte (s. o.).

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die gesellschaftliche und politische Rolle der Gewerkschaften weist aufgrund der jüngeren Geschichte des Landes einige Besonderheiten auf. Die beiden großen Dachverbände werden klar politischen Lagern zugeordnet.

Die Solidarność pflegt eine exklusive Sonderbeziehung zur aktuellen PiS-Regierung und der Partei selbst. Einige Minister_innen der aktuellen Regierung stammen aus den Reihen der Solidarność, viele Solidarność-Mitglieder sind bei den Kommunalwahlen auf den PiS-Listen angetreten. Grundsätzlich ist die Solidarność mit den Ergebnissen dieser symbiotischen Beziehung durchaus zufrieden, da die PiS eine Reihe langjähriger Forderungen der Gewerkschaften letztendlich aufgegriffen hat. Die Regierung wiederum schließt soziale Kompromisse fast ausschließlich mit der Solidarność, um so deren relatives Gewicht unter den Gewerkschaften zu erhöhen – nach dem Motto, wenn ihr etwas von uns wollt, wendet euch an die Solidarność und an sonst niemanden.

Traditionell ist der OPZZ mit dem Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) verbunden, wobei es aber keine offizielle Zusammenarbeit oder gegenseitige Unterstützung gibt. OPZZ- und FZZ-Mitglieder gehören zur Wählerschaft aller politischen Parteien.

Grundsätzlich ist die Arbeit der Gewerkschaften den Menschen in Polen wenig präsent. Dies zeigt der hohe Prozentsatz von Pol_innen, die nicht in der Lage sind, auf die Frage nach den einzelnen Gewerkschaften zu antworten. Dies betrifft die Solidarność (43 %) in einem geringeren Maße als den OPZZ (60 %) oder das FZZ (74 %).

Bezüglich aller Gewerkschaftsdachverbände halten sich gute und schlechte Meinungen die Waage: Im Falle des OPZZ haben 20 Prozent der Befragten eine positive und 20 Prozent eine negative Meinung, und im Falle des FZZ liegen diese Werte bei 14 bzw. 12 Prozent. Verändert hat sich dagegen die Einstellung zur Solidarność: Im Vergleich zum September 2017 verschlechterte sich die Bewertung um –5 Prozent: Heute wird die Arbeit dieser Zentrale von 29 Prozent der Befragten als gut bewertet und von fast ebenso vielen kritisiert (28 %).

Unter den diversen Berufsgruppen werden die Aktivitäten aller drei Gewerkschaftsbände von qualifizierten und ungelernten Arbeitnehmer_innen häufiger geschätzt als von anderen. Die Solidarność bekommt besondere Unterstützung von Arbeitnehmer_innen aus dem Dienstleistungssektor. Darüber

hinaus wird die Wahrnehmung der Tätigkeit der Solidarność stark von den politischen Ansichten und der Religiosität der Befragten beeinflusst – sie wird deutlich häufiger von Befragten positiv bewertet, die sich mit der politischen Rechten identifizieren und mehrmals pro Woche an Messen teilnehmen.

Grundsätzlich stehen die Gewerkschaften in Polen derzeit vor vier zentralen Herausforderungen:

- Die Früchte des außerordentlichen Wachstums müssen verstärkt auch den Arbeitnehmer_innen zu Gute kommen;
- Die langjährige Stagnation der Gehälter und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor muss überwunden werden;
- Polen braucht insgesamt ein Umsteuern auf ein anderes Wachstumsmodell, das mit anspruchsvollerer Produktion die Technologie- und Produktivitätsleiter hinaufsteigt. Dazu sind Investitionen in Humankapital und die persönliche Qualifikation der Arbeitnehmer_innen notwendig.
- Das polnische Rentensystem steht vor einer großen demographischen Herausforderung, die Anpassungen im System unvermeidlich machen. Diese sollten nicht noch mehr zu Lasten der Beschäftigten gehen.

Der gewerkschaftliche Diskurs konzentriert sich im Moment auf drei Themen:

- Senkung des Renteneintrittsalters auf 35 Jahre Berufstätigkeit bei Frauen und 40 Jahre bei Männern;
- Lohnerhöhungen im Staatssektor (seit 2010 sind die Löhne dort eingefroren); im Fokus steht hier zurzeit der Bildungssektor.
- Angleichung des monatlichen Mindestlohns an 50 Prozent des Medianlohns.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.